

Groß wöchentl. Bezugspreis: für Mai 2 R.-M. auschl. Postzettel. Berechnung der Anzeigen nach Rent-Mark. Preise: Die eingerahmte Zeitzeile 20 H., 1. Familien- u. Vereinsanz. Schüre 20 H. Die Zeit-Sammelzeit 20 won breit, 1 M. Offertengebühr für Selbstabholer 20 H., bei Lieferung d. d. Post außerdem Porto- aufschlag. Preis f. d. Einzelnahme 10 Renten-Pfennig. Geschäftlicher Teil: Josef Hoffmann, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung und Druck und Verlag: Sachsen-Buchdruckerei GmbH, Dresden-Altstadt, 10, Gabelsbergerstrasse 48, Tel. 222222, Volkszeitung Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben • Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt, 10, Gabelsbergerstrasse 48, Tel. 222222, Volkszeitung Dresden 14797

Die „Privatsache“ des Religionshasses

Unentwegt geht man im sozialistischen Gewerkschaftslager mit dem Satz herum, daß „Religion Privatsache“, daß die sozialistischen Gewerkschaften jeden nach seiner Fasson freiliegen lassen. Man nimmt den Mund voll an Moral, in der festen Hoffnung, daß Dumme daraus hereinfallen. Und in der Tat ist die sozialistische Gewerkschaftsbewegung gegen Freidenker, Atheisten, Gottesläugner, gegen Buddhismus und sogenannte feindselig-spiritualistische Moral unbedingt duldsam und religiös neutral. Ja, sie unterstützt sie aus „Kulturnotwendigkeit“. Sobald aber das Christentum auftaucht, sobald die christliche Religion, die christliche Kirche und die Geistlichkeit genannt wird, ist es mit der Zurückhaltung der sozialistischen Gewerkschaften aus. Dann werden sie den Mantel der Tugend ab und begleiten Christentum und Christusgläubige mit eklem Spott und Hohn. Zwar macht man das nach den Orden verschließen. Wo man sich bei christlich-gläubiger Bevölkerung in der Minorität befindet, da mögen die sozialistischen Gewerkschaften über ihre Verdecktheit am liebsten eine Schutzhülle von Christentumsfreundlichkeit stehlen und um ihre Gefäß eine Wolke von fröhnelndem Weihrauch legen, sinternalen man ja nicht wissen kann, wosür es gut sein könnte.

Aber in Gegenden, wo die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften dominieren, da streift man die Verummierung ab und zeigt sich in seiner wahren Gestalt. Die sozialistischen Gewerkschaften können aus ihrer Haut nicht heraus. Sie waren und sind religiös- und christentumsfeindlich, für sie ist das Christentum nur ein Objekt des Hasses und des Kampfes. Sie können ja auch gar nicht anders. Denn dieser Gotteshass der sozialistischen Gewerkschaften ist keine zufällige Ercheinung, sondern er liegt begründet in der materialistischen Geschichtsauffassung, zu der sie sich bekennen; in der Verneinung des Geistes als der treibenden Weltkraft und in der obersten Norm für alles Menschentum. Dass sich die sozialistischen Gewerkschaften mit fanatischer Wut gerade auf das Christentum stürzen, ist daher selbstverständlich: denn das Christentum behauptet ja zu dem, was die Sozialisten leugnen und bekämpfen.

Der sozialistische Metallarbeiterverband als die führende sozialistische Organisation scheint es als seine sozialistische Pflicht anzusehen, hinsichtlich des Christentumshasses im roten Lager den Ton anzugeben. Das braucht nicht wunder zu nehmen. Denn wenn man hinsichtlich der Arbeitersinteressenvertretung mancherorts so miserabel flosko erlebt hat, dann muß man doch zeigen, daß man wenigstens hinsichtlich des atheistisch-gottesläugnerischen Gedankens an der Spitze marschiert. So versteht denn kaum eine Nummer der sozialistischen „Metallarbeiterzeitung“, in der nicht bald unter dieser, bald unter jener Marke das Christentum und seine Vertreter angefeindet werden. Einen besonders gehofften Aufschluß leistet sich die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ vom 12. April als Entgegennahme auf die Darlegungen eines katholischen Geistlichen im „Allenstein-Volksblatt“, der sich mit dem Beschluss der Fuldaer Bischofskonferenz im auftumenden Sinne beschäftigt. Der Beschluss der deutschen Bischöfe besagt nämlich, daß Katholiken den sozialistischen Gewerkschaften nicht angehören dürfen. Die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ überschlägt nun folgendermaßen die katholische Kirche:

„Das sind die Worte eines Pfaffen in der freien Republik. Das ist die lebende Christenkirche, die sich um das Seelenheil ihrer Mitglieder zu kümmern hat. Sie offenbart sich als Zepter für den Kapitalismus. Sie sorgt, daß der Arbeiter sich willig ausbeuten läßt. Die Schäfchen sollen vom Kapitalismus geschoren werden. Etwas Wolle fällt dann für die Kirche und ihre Nutznießer mit ab... Zur Ehre der deutschen Arbeiterchaft sei es gesagt, es finden sich durch die Pfaffenbevormundung bestimmt, mehr Arbeiter bereit, dieser herrlichen, duldsamen, christlichen Kirche den Rücken zu kehren, als Arbeiter, den Hirtenbriefen gemäß, den freien Gewerkschaften abgetrieben werden... Etwas erfüllt uns mit Freude. Diese freitlichen katholischen Männer von Schläge des obigen ermisselnden Seelsorgers schaffen Klarheit, sie enthüllen die brutale Arbeiterfeindlichkeit der Kirche.“

So sieht die religiöse Neutralität des sozialistischen Metallarbeiterverbandes aus. Diese sozialistischen Gewerkschaften, die seit mehr als fünfzig Jahren Christentum und Kirche verböhnt und verspottet haben, die bemüht auf gottesläugnerischem Boden stehen, wollen den Gehräntzen spielen, wenn die Kirche ihren Gläubigen den Eintritt in die sozialistische Gewerkschaft nicht gestattet. Diese Auslösungen der „Metallarbeiterzeitung“ sind ein Beweis dafür, wie die religiösen Gefühle des Christen von den sozialistischen Gewerkschaften geachtet werden.

In der sozialistischen „Metallarbeiterzeitung“ des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Nr. 14, 5. April 1924) wird in einem Artikel „Ein Sozialist auf der Kanzel – in England“ folgendes gesagt:

„Der deutsche Gewerkschafter muß in England oft den Kopf schütteln über das noch deutschen Begriffen eigenartige Verhältnis zwischen der Kirche und der Gewerkschaftsbewegung oder, wenn man will, zwischen den sozialistischen Genossen und den Geistlichen. Man sieht dort drüben Geistliche unter Gewerkschaftsabordnungen, sieht Sozialisten in der Kirche predigen, sieht Bischöfe die seelische Eröffnung eines Gewerkschaftskongresses halten. Nach längerer Beobachtung indessen findet der deutsche Arbeiter heraus, daß seine heimische Schablone

Dienstag, den 27. Mai 1924

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anz.-Aufträgen u. Leistung v. Schade verjährt. Nicht unbedingt u. d. Fernpfe. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingefundene u. mit Rückporto nicht versehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechende der Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Anschriftsschilder: Dr. Josef Albert, Dresden.

Die Forderungen Herriots

Der Kongress der Sozialisten

Das Programm

Paris, 26. Mai. Die Parteiausschüsse dürften bis zur Wiederöffnung des Parlaments und den Zusammenkünften des Staates der Sozialisten und Radikalsozialisten aus ihrer aufwartenden Haltung nicht heraustreten. Die Frage des Eintritts der Sozialisten in die neue Regierung wurde getrennt auch auf dem Kongress des sozialistischen Seineverbundes behandelt. Die Redner sprachen für und wider die Beteiligung, ohne daß es zu irgendwelchen Beschlüssen gekommen wäre. Es wurde auch eine Entscheidung vertreten in der erläutert wird, daß die Partei ihren Verstand jeder Regierung verweigern müsse, die von dem jungen Präsidenten Millerand eingesetzt werde. Deinhardt hat Herriot den Vertretern der Presse in Lyon einige Erklärungen betreffend das Programm der neuen Regierung abgegeben. Die wesentlichen Programmpunkte sind die folgenden:

1. Wiederaufnahme normaler Beziehungen zu Deutschland unter der Voraussetzung, daß Deutschland sich nicht dem Imperialismus in die Arme wirft und gutwillig an Frankreich die Reparationen bezahlt.
2. Wiederaufnahme von Beziehungen mit Russland, ohne jedoch den Besitz des Moskau folge zu leisten.
3. Weitergehende Amnestie für politische und militärische Vergehen.
4. Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahner.
5. Abhaftung des Gewährungsgezes.
6. Keine Aenderung der sozialistischen Auflände mit Rücksicht auf die angestrebte Ausgleichung des Budgets.

Zum Schluß sagte Herriot, er beabsichtige, den Sozialisten, wie auch der Beschuß der Konferenz ausführen möchte, den Eintritt in die Regierung in weitestgehendem Maße zu erleichtern. Weiter betonte er, daß er gesonnen sei, die Rechte seines Landes zu verteidigen und daß man vor allem jenseits des Rheins beiderdein sollte, daß eine nationalistisch orientierte Regierung in Deutschland die Verhandlungen um die Wiederaufstellung des Friedens erschweren werde, obwohl er den feindlichen Wunsch habe, sie zum Siege zu führen. Er wolle jede Demokratie unterstützen und gegen jeden Imperialismus anstrengen.

Paris, 26. Mai. In einem Artikel des „Tempo“ über die durch die Stammvereine geschaffene Lage heißt es: Wenn man die Kommunisten nicht mitrechnet, könnten die Mehrheitsparteien auf rund 290 Mitglieder in der Kammer, die Widerstandsparteien auf ungefähr 200 kommen. Mit einer nicht zu unterschätzenden Rücksicht auf Erfolg könne also die Minderheit die Schlacht aufnehmen.

Paris, 26. Mai. Das Ergebnis der beiden noch ausstehenden Stichwahlen in Velfort und Alger liegt jetzt vor. In Velfort sind die beiden sozialistisch-radikalen Abgeordneten der alten Kammer wieder gewählt worden. In Alger wurden zwei Antisepublikaner gewählt.

Paris, 26. Mai. Der radikal-sozialistische Verband des Rhône-Departements hat gestern früh in Lyon einen Vertrag Herriots angehört, der genau die Bedingungen aufzeigt, unter denen er die Bildung des Kabinetts übernehmen würde. Herriot fordert in erster Linie, daß ihm freie Hand bei Wiederaufstellung und dem Dritten die Finanzverhältnisse unter gerechter Anwendung der Steuerreform gelassen werden. Schließlich erklärt Herriot, unter allen Umständen verlangt er, daß der Präsident der Republik aus seiner verfassungsmäßigen Rolle nicht heraustrrete.

Paris, 26. Mai. In einem ersten Interview, das Herriot nach seinen Erklärungen an das Welt-Journal gestern in Lyon einer Nachrichtenagentur gab, erklärte er u. a., er sei überzeugt, daß die neue demokratische Atmosphäre die nächsten Tage erlaubt werden mit England verhandeln werde. Außerdem trete niemand mehr als er selbst für die Wiederaufstellung normaler Beziehungen zu Deutschland ein. Wenn sich aber das deutsche Volk wieder dem Imperialismus zuwende, wenn Deutschland es ablehne, die Reparationen zu leisten, so werde jeder Verzug, den Freuden wiederherzustellen, unmöglich gemacht. Seine Politik gegenüber Deutschland werde eine Politik der „bona fide“ sein. Aber sie werde nur Friede tragen, wenn er es mit der gleichen „bona fide“ auf der anderen Seite zu tun habe. Was die Sowjet anlangt, so sei er durchaus geneigt, die Beziehungen zu ihnen wieder aufzunehmen; aber er lehne es ab, sich den internationalen Aufordnungen von Moskau zu fügen.

Paris, 26. Mai. Eine ganze Reihe sozialistischer Verbündungen in der Provinz hat jetzt offizielle Kongresse abgehalten. Es erklären sich für die Bestätigung an der Regierung des Departements Rhône, Bouches-Tain und Bouches du Rhône. Für die Unterstützung eines homogenen sozialistisch-radikalen Ministeriums waren die Departements Herault und Oberstein, während das Departement Sarthe vom Abgeordneten Renaud vorgeschlagene Tagesordnung gegen die Anerkennung annahm, wobei ausdrücklich bemerkte wurde, daß Renaud beantragt werde, diese Resolution, die auch die Demission Millerands forderte, auf dem großen Kongreß einzubringen.

Das Verhältnis zu Rußland

London, 26. Mai. Dr. Parker Berlesteratter des „Times“ meldet, man glaube, daß Herriot seine Absicht in bezug auf die im Februar der Sowjetregierung geänderte habe. Statt die Anerkennung von dem Abschluß eines Handelsabkommen abhängig zu machen, bestand er jetzt, die Sowjetregierung sofort nach Bildung seines Ministeriums und ohne jegliche Bedingungen anzuerkennen. Zahlreichen Radikalen gefalle dieser Gedanke nicht, da sie ihn als ein Zugeständnis an die Sozialisten ansahen. Es wurde jedoch bestimmt erklärt, daß die französischen Republik die russische Regierung bis spätestens zum 10. Juni anzuerkennen haben werde. Die französische Regierung werde sofort eine Mission nach Moskau entsenden. Ferner werde sofort eine Mission nach Paris kommen und die russische Botschaft übernehmen. Hierauf werde eine französisch-russische Konferenz zur Regelung der schwebenden Fragen stattfinden.

Briefwechsel Macdonald – Poincaré

Die Veröffentlichung der Korrespondenzen

Paris, 26. Mai. Wie der „Antrepreneur“ aus London er Jahren haben will, soll Macdonald Poincaré einen neuen Brief haben aufstellen lassen, in dem der Befreiung angedroht wird, die zwischen den beiden Ministerpräsidenten in der letzten Zeit „geschlossene Korrespondenz zu veröffentlichen“.

Paris, 26. Mai. Davies bestätigt die Meldung des „Antrepreneur“, daß Macdonald Poincaré gegenüber jährlings den Wunsch geäußert habe, daß die französischen Abgeordneten ihres ausgetauschten Korrespondenz veröffentlicht werden. Das Schreiben sei von Poincaré zu seinem und aufgenommen worden. Die Veröffentlichung der Schriften werde in Paris und London gleichzeitig erfolgen.

Paris, 26. Mai. Der neue Brief Ramsay Macdonalds an Poincaré ist gestern abend in Paris eingetroffen. Poincaré

hat, dem „Matin“ zufolge, dem englischen Ministerpräsidenten sofort geantwortet und ihm erklärt, er habe nichts gegen die geplante Veröffentlichung des gesamten Briefwechsels einzubringen und gebe sich der Hoffnung hin, daß die sowohl von den Vereinigten Staaten wie von Frankreich und England ergriffenen Versuche zur Regelung der Reparationsfrage genügend hervorgerufen werden. Es wird angenommen, daß die Veröffentlichung in zwei bis drei Tagen erfolgt.

Paris, 26. Mai. Poincaré begibt sich heute nach Paris, um anlässlich des Zusammentreffens der Provinzjunta zum ersten und wahrscheinlich auch zum letzten Male eine große politische Rede zu halten. Man ist hier aufdringend geprägt, welche Darstellung Poincaré von den Vorgängen der letzten Woche geben wird. Nach dem „Echo de Paris“ dürfte die Frage nach den Ursachen des Misserfolges der Regierung bei den Wahlen im Vordecker der Ausführungen Poincarés stehen und von diesem in erster Linie mit dem Hinweis auf das Wahlgesetz beantwortet werden.

in England eine organisierte Austrittsbewegung aus der katholischen und evangelischen Kirche. So dummkopf und gemeinlos ist man in der englischen Gewerkschaftsbewegung auch nicht, sich für die Propagierung der religiösen Erziehung und der weltlichen Schule innerhalb der Gewerkschaften ins Zeug zu legen, mit den Freidenker und Monistenbünden gemeinschaftliche Sache zu machen, in der Gewerkschaftspresse den christlichen Glauben, Kirche und die Geistlichkeit zu beschimpfen und zu verhöhnen und gläubige Arbeiter zu terrorisieren.

Trotz dieser schärfsten Kämpfung der sozialistischen und kommunistischen Organisationen gegen das Christentum und die christliche Überzeugung gibt es leider noch eine ganze Anzahl christlich denkender Männer, die in den sozialistischen Gewerkschaften organisiert sind. Aus Freiheit, Angst und Gleichgültigkeit haben sie es bis jetzt nicht fertig gebracht, den Weg in eine Organisation zu finden, die ihre christliche Überzeugung achtet. Steinchristlich denkender Mann in einer sozialistischen Gewerkschaft! das muß die Parole sein.

GR.

für England nicht paßt, weil dort Kirchen und Geistliche — gewiß nicht alle — dem schaffenden Volke, seinen Sorgen und Kämpfern viel näher stehen als im Lande der Gottesfürcht und strengen Sitten.“ Spekuliert die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ mit diesen ihren Ausführungen auf die Kürzenhöchstigkeit ihrer Leser? Man kann kaum annehmen, daß alle Bezieher des genannten Gewerkschaftsblattes seine Argumentation gedankenlos verschlungen. In England äußert sich bekanntlich das Gewerkschaftsleben in bezug auf seine kulturelle und geistige Einstellung wesentlich anders als in Deutschland. Eine parteipolitisch-sozialistische Gewerkschaftsbewegung, wie in Deutschland, gibt es in England nicht. Dort besteht tatsächlich eine parteipolitisch und religiös neutrale Gewerkschaftsbewegung und deshalb erträgt sie bisher in England die Begründung einer nicht-sozialistischen Gewerkschaftsorganisation. In England war es kein Führer der „freien“ Gewerkschaften, der, wie Legion, auf dem Kölner Gewerkschaftskongress erklärte: Wie sind anti-religiös. Wo findet man, wie es in Deutschland in den sogenannten freien Gewerkschaften niedrach an der Tagesordnung ist,